

Die Bundeswehr-Reform für den Einsatz in aller Welt!

Im April 2010 setzte der damalige Verteidigungsminister Guttenberg eine sog. Strukturkommission ein, die eine neue Organisationsstruktur für die Bundeswehr erarbeiten sollte. Im Juni des gleichen Jahres veröffentlichte das Verteidigungsministerium die „Leitlinien zur Ausplanung der neuen Bundeswehr“. In ihnen wird festgehalten, dass „die Bundeswehr (...) vor einer der größten gestalterischen Herausforderungen seit ihrer Aufstellung im Jahr 1955“ steht. Auch wenn der große Hebel, mit dem diese Umgestaltung durchgesetzt werden soll, das Sparkonzept der Bundesregierung ist, stehen dahinter doch vorrangig militärstrategische Überlegungen. Seit Ende des Kalten Krieges hat sich die Bundeswehr Schritt für Schritt von der im Grundgesetz ausschließlich vorgesehenen Landesverteidigung entfernt, hin zu konkreten Militär- und Kriegseinsätzen an verschiedensten Punkten der Welt. Und so lautet das Leitmotiv der Strukturkommission denn auch „Vom Einsatz her denken“. Ob die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland eine solche „Armee im Einsatz“ überhaupt will, ob diese Armee „Störungen der Rohstoff- und Warenströme“ in allen Regionen der Welt militärisch bekämpfen soll, ob gewollt ist, dass die „erste Verteidigungslinie (...) hierbei oft im Ausland liegt“ wird: all das ist in der Öffentlichkeit nie wirklich diskutiert worden (Zitate aus Weißbuch 2006). Hier wurden von den verschiedenen Regierungen der letzten zwanzig Jahre bereits stillschweigend Fakten geschaffen.

Fakt ist aber auch, dass die Bundeswehr bisher mehr schlecht als recht für solche Einsätze ausgerichtet ist. Von den z.Zt. 252.000 Soldaten können – aus militärischer Sicht völlig unzureichend - lediglich 7.000 gleichzeitig an Kriegseinsätzen teilnehmen. Der Rest ist Verwaltung, Logistik, Austauschreserve und immer auch noch auf Landesverteidigung ausgerichtet. Dies soll nun geändert werden. Der Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr vom 7. Juni 2010 führt aus, dass eine Schwerpunktverlagerung gemäß dem „Trend zu kleineren, aber leistungsfähigeren, hochmobilen und hochtechnisierten Streitkräften.“ anzustreben sei. Diese müssten für ein breites Aufgabenspektrum zur Verfügung stehen, bis zum „hochintensiven Gefecht“. Und so einigt sich das Bundeskabinett im Dezember 2010 auf eine Umstrukturierung der Bundeswehr, die vor allem die Aussetzung der Wehrpflicht beinhaltet: Nur unzureichend ausgebildete Wehrpflichtige werden nicht mehr gebraucht. Die Armee soll zukünftig aus 170.000 Zeit- und Berufssoldaten mit entsprechender professioneller Ausbildung und einem Kontingent von 15.000 Freiwilligen bestehen. Aus dem 1-2 Jahre dauernden freiwilligen Dienst erhofft man sich den Nachwuchs für die Zeit- und Berufssoldaten herausfiltern zu können. Obwohl die Zahl der Soldaten um 67.000 reduziert wird, kann man mit der neuen Struktur die Zahl der gleichzeitig im Kriegseinsatz befindlichen Soldaten auf 14.000 erhöhen. In diesem Zusammenhang wenig zur Kenntnis genommen wird ein „Gesetz zur Neuordnung der Reserve“ aus dem Jahre 2005, das die umfassendere Einbeziehung von Reservisten in die Bundeswehreinsätze ermöglicht. Schon heute ist fast jeder 10. Bundeswehrsoldat in Afghanistan ein Reservist.

Die Bundeswehrreform bringt also eine zahlenmäßige Verkleinerung, aber gleichzeitig eine Effektivierung der Bundeswehr. Einer Bundeswehr, die sich immer mehr als kämpfende Truppe versteht. Der damalige Minister Guttenberg am 26. Mai 2010 in einer Grundsatzrede an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg: „Die Zeiten sind jedoch vorbei, als das Ausbildungsziel hieß, kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen.“ Und weiter: „Der Einsatz und der Kampf rücken stärker in den Mittelpunkt (...). Dafür müssen wir als Streitkräfte, aber insbesondere auch als Gesellschaft (...) auch eine gewisse (...) Opferbereitschaft mitbringen. Ein Begriff, der viele in der Öffentlichkeit zu erschrecken und aufzuwühlen vermag (...) Doch eine Gesellschaft, die (...) nicht mehr bereit ist, Opfer zu bringen, deren Abstieg wird unabwendbar sein.“ 48 „Opfer“ hat der Krieg in Afghanistan die

Bundeswehr bereits gekostet, die Verwundeten und die traumatisierten Soldaten nicht gerechnet. Opferbereitschaft für einen verfehlten Kriegseinsatz am Hindukusch oder zukünftige weltweite Einsätze für Wirtschaftsinteressen? Das ist menschenverachtend, ist die Sprache des Militarismus, für den ein Menschenleben nicht zählt!

Hintergrund der zunehmenden Zahl von Toten bei der Bundeswehr ist die neue Strategie der NATO in Afghanistan, das sog. „Partnering“. Deutsche Soldaten bilden afghanische Soldaten im Einsatz aus. Das heißt, die Bundeswehr geht gemeinsam mit den Afghanen vermehrt in offensive Militäraktionen, kämpft gegen die Aufständischen und will so den afghanischen Soldaten das Kämpfen beibringen. Auch die Soldaten aus Augustdorf in NRW sind Teil der sogenannten Schnellen Eingreiftruppe, die in solche Kämpfe geht. Dafür ändern sich die Ausbildungsziele der Bundeswehr. Nicht mehr der Kampf gegen eine ähnlich ausgestattete reguläre Armeen wird geübt, sondern der gegen Guerillakämpfer im dörflichen Umfeld.

Joachim Schramm
Landesgeschäftsführer der
Deutschen Friedensgesellschaft -
Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) NRW